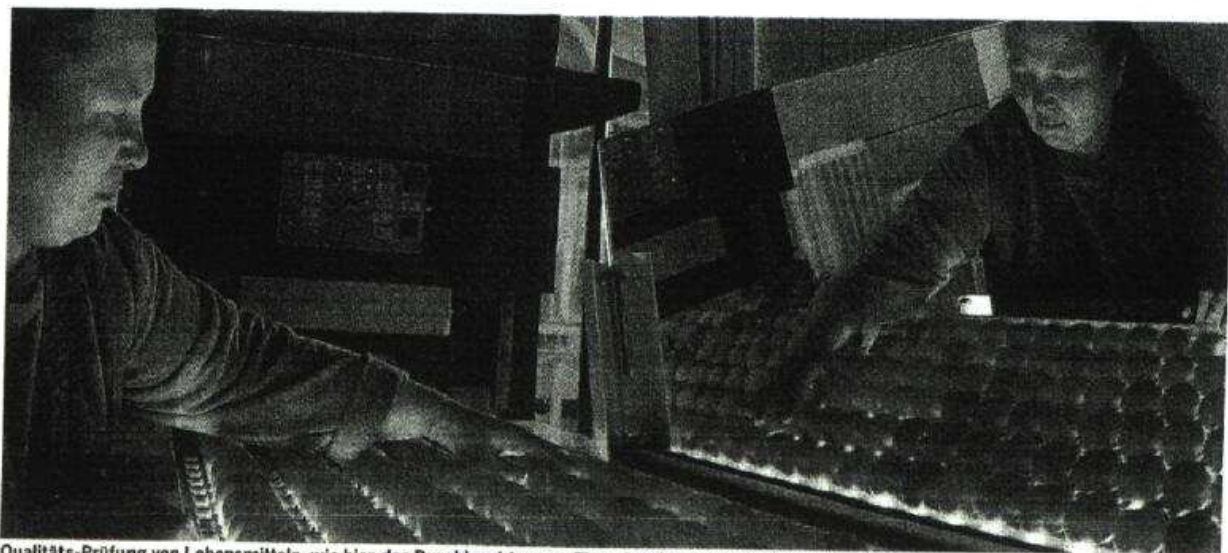


Verbraucherschutz unter Stress

Pestizid-belastete Paprika, Dioxin-verseuchter Lachs, Antibiotika in Hühnereiern, BSE, Maul- und Klauenseuche, Geflügelpest – immer wieder belasten Skandale das Vertrauen der Verbraucher in ihre Lebensmittel. Wie gut funktioniert die Lebensmittelkontrolle im Land? Die SZ hat nachgefragt.



Qualitäts-Prüfung von Lebensmitteln, wie hier das Durchleuchten von Eiern, ist eine verantwortungsvolle Aufgabe.

Foto: dpa

Saarbrücken. Im Bereich der Lebensmittelkontrolle herrscht chronischer Personalmangel, und zwar bundesweit, warnt Hans-Henning Viedt vom Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure. „EU- und Bundesverordnungen bürden den Lebensmittelkontrolleuren und Tierärzten immer mehr Tätigkeiten auf. Doch die zuständigen Bundesländer und Kommunen wollen nicht mehr Geld für Verbraucherschutz ausgeben“, bringt es Viedt auf den Punkt. „Die Lebensmittelkontrolle droht zusammenzubrechen“, warnt er. Viedts saarländischer Kollege, Harry Sauer, Chef des Saar-Verbandes der Lebensmittelkontrolleure, will ganz so weit nicht gehen, warnt aber ebenfalls vor der Arbeitsverdichtung. Wer angesichts der enorm gestiegenen Anforderungen an den Verbraucherschutz nicht auch das Personal aufstocke, so Viedt und Sauer, müsse zwangsläufig Abstriche bei der Kontrolldichte machen.

Künftig sollen die 34 Lebensmittelkontrolleure im Land zum Beispiel auch noch ein waches Auge auf die gentechnisch veränderten Produkte haben. Gemeinsam mit den Tierärzten sind auch noch die Futtermittel zu kontrollieren. Gleichzeitig werden die Untersuchungen immer arbeits- und zeitaufwändiger. „Wir müssen Prioritäten setzen, eine 100-prozentige Kontrolle, wie sie Verbraucher und Politiker wünschen, ist nicht durchführbar mit dem derzeitigen Personal“, beklagt Sauer. Wer diese wolle, müsse investieren.

Dabei liegt das Saarland, was die Kontrolle von Lebensmittelbetrieben (darunter auch Gaststätten und Standbetreiber auf Volksfesten) angeht, im Bundes-Vergleich im Mittelfeld, laut einer Statistik des Bundesamtes für Verbraucherschutz.

2001 wurden 54 Prozent von 13 433 saarländischen Betrieben kontrolliert (Bundeschnitt 2001: 59 Prozent). Damals gab es bei rund 17 Prozent der Betriebe Beanstandungen. Im Jahr 2003 wurde ein Fünftel mehr Unternehmen, nämlich 76 Prozent der 12 600 Betriebe kon-

trolliert, teilt das Saar-Gesundheitsministerium mit. Bundeszahlen liegen für 2003 noch nicht vor. 13 591 Kontroll-Besuche stätigten die 34 Lebensmittelkontrolleure ab. Die Betriebe werden je nach Risiko-Potenzial überwacht, viele bekommen aber nur einmal im Jahr Besuch vom Kontrolleur, andere noch seltener. Dennoch sei noch nie so viel wie heute kontrolliert worden, betont Lebensmittelkontrolleur Sauer. Und wer kontrolliert die Kontrolleure? Kollegen aus anderen EU-Ländern – natürlich nur Stichprobenartig. *esb*

MEINUNG

Kontrolle kostet Geld

VON SZ-REDAKTEURIN ESTHER BRAUN

Es ist schizophren: Politiker machen eine Verordnung nach der anderen, um Lebensmittel sicherer zu machen. Doch wenn es um die aufwändige Überwachung der vielen vernünftigen Vorschriften geht, die EU- und bundesweit gelten sollen, deuten Länder und Kommunen, die sie umsetzen sollen, auf leere Kassen. Im Saarland ist das nicht anders. Zwar hat das Land im Zuge des BSE- und anderer Lebensmittel-skandale der vergangenen Jahre mehrere Millionen Euro in die technische Ausstattung für die Lebensmittelüberwachung investiert. Und die Landkreise haben, wenn auch in bescheidenem Maße, zusätzliches Personal in den Verbraucherschutzämtern eingestellt. Doch mit 34 Lebensmittelkontrolleuren und einem Dutzend Veterinären bei über 14 000 zu kontrollierenden Betrieben im Saarland ist eine 100-prozentige Lebensmittelsicherheit, wie sie der Verbraucher erwartet und die Politik verspricht, schlichtweg nicht zu leisten. Wer sie will, muss dafür Geld ausgeben.

HINTERGRUND

Für Lebensmittelkontrollen vor Ort sind die Landkreise und der Stadtverband zuständig. In deren Verbraucherschutzämtern arbeiten insgesamt 34 Lebensmittelkontrolleure. Sie überwachen Lebensmittelbetriebe, Gaststätten und Volksfeste.

Ein Dutzend Amtstierärzte kontrolliert Tierarztpraxen und alle Lebensmittel, die aus Tieren gewonnen werden. Das Landesamt für Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitsschutz (LVGA) untersucht Lebensmittelproben. Für den LVGA-Neubau, in dem die vier Standorte des Amtes zusammengeführt werden, investiert das Land insgesamt 19,4 Millionen Euro. *esb*

Vom Stalltrog bis zur Wurst: Tierärzte überfordert?

Landkreise sollen Arzneimittel Einsatz bei Tieren kontrollieren – Zu wenig Personal

Saarbrücken. Seit 1997 sind die Landkreise und der Stadtverband Saarbrücken für die Kontrolle von Lebensmittelbetrieben und Tierhaltern verantwortlich. „Wir sollen alles vom Stalltrog bis zur Wurst auf dem Küchentisch überwachen“, umreißt Arnold Ludes, Präsident der Tierärztekammer und Leiter des Verbraucherschutzamtes in Neunkirchen, die Aufgaben der Veterinäre. Empört sind die Landkreise und die beamteten Tierärzte darüber, dass das Land der kommunalen Ebene und damit den bei den Kreisen beschäftigten Veterinären die Arzneimittelüberwachung bei Tieren, die Lebensmittel liefern, aufbürden

will. Ein solches Gesetz wurde gestern gegen die Stimmen der SPD-Opposition im Landtag verabschiedet. Zurzeit kümmern sich noch zwei Veterinäre des Gesundheitsministeriums darum. Die Tierärzte begrüßen zwar prinzipiell die Übertragung der Zuständigkeit der Kontrolle des Arzneimitteleinsatzes bei Tieren auf die kommunale Ebene. Doch das gehe nicht zum Nulltarif.

Alein 1500 Zuchtbetriebe – große und kleine – und ihr Einsatz von Medikamenten müssen im Saarland überwacht werden. Plus rund 100 Tierarztpraxen. „Die Arzneimittelüberwachung ist sehr arbeitsintensiv, wir brauchen gut geschulte Leu-

te. Das Land als Auftraggeber muss für angemessene Ausstattung sorgen“, sagt Jürgen Engel, Chef des Landesverbandes der beamteten Tierärzte im Saarland. Dazu Gaby Schäfer von der CDU-Fraktion: „Schon seit 1996 sind die Kommunen für diese Kontrollen zuständig. Dafür wurde ihnen damals vom Land ein Ausgleich bezahlt.“ Die Landkreise müssten notfalls kostendeckende Gebühren für die Kontrollen erheben, so Schäfer. Die SPD-Opposition im Landtag und die Landkreise sind hingegen der Meinung, dass die erhöhten Ausgaben für Personal vom Land mitgetragen werden müssten. *esb*